



## Kommunisten

### Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Bergarbeiter

Rechte Seite preis: die maximal geforderte Wochenspalte oder besser  
Preis von 10 Pf. für Sonntagsausgabe, 20 Pf. für die Kaufausgabe (außerhalb  
am den dieselpelligen Teil eines Tages) 1,50 RM. Ausgaben-Kontrolle nur  
möglichkeit von 2 Uhr zu der Zeitung Dresden-L. 1, Güterbahnhofstrasse 2

Berlin: Dresden Verlagsanstalt mbH, Dresden-L. Güterbahnhof und Vor-  
orten; Güterbahnhofstr. 2. Preise 17 Pf. Politikblatt: Dresden 18 Pf.  
Sachkunden: Montag 16-18 Uhr allg. Geschäftsstunde, Mittwoch 17-19 Uhr  
Betriebs- und arbeitsamt. Fragen, Dienstag 18-19 Uhr juristische Geschäftsstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 25. Juni 1930

Nummer 145

# Das ist verbrecherisch!

15%iger Lohnabbau von der Gewerkschaftsbürokratie gefordert — Breitscheid für Sachsen-Koalition von Arndt bis Weber  
SPD-Arbeiter, macht Schluss mit Koalitionsverrat! Her zu uns Kommunisten!

Berlin, 25. Juni 1930.

Der Reichsverband der deutschen Industrie teilt mit, daß die Vertreter des Spitzenverbands der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gekommen sind, daß es notwendig ist, diese Krise im Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftskreise vertreten sind, zu erütern. Die dazu notwendigen Schritte sind eingeleitet.

Die Gewerkschaften teilen im heutigen Vorwärts mit: „Wir erfüllen uns bereit, an der Senkung der Selbstkosten der Produktion mitzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß die Preise gesenkt werden.“

Was sich hinter den Verhandlungen der SPD-Bürokratie mit den Kapitalisten verbirgt, beweisen die auffallenderweise regenden Erhöhungen der Deutschen Bergwerksgruppe:

„Bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften schlugen diese eine Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 40 Stunden die Woche ohne Lohnausgleich vor. Dieser Vorschlag ist insofern bedeutsam für die lohnpolitische Entwicklung geworden, als hier von Gewerkschaftsseite selbst die Forderung auf Lohnausgleich bei verkürzter Arbeitszeit nicht erhoben wurde, man also an dieser Seite für den einzelnen Arbeiter bei einer auf 40 Stunden verkürzten Arbeitszeit mit einer Minde rung des Einkommens um fast 15 Prozent in der Woche rechnet ...“

Wenn die Gewerkschaften mit ihrem Vorschlag der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich eine 15prozentige Minde rung des Lohnes vertraten zu können glaubten, so war eine 10,5prozentige für die Bürokratie verwandte Lohnsenkung sicherlich keine allzu große Zumutung.“

Diese Mitteilungen sind so ungeheuerlich, daß wir mit ihrer Bedeutung garnicht haben, um die Erregung der Gewerkschaftsbürokratie zu hören. Aber diese schwieigt sich in allen Sprachen aus. Ihre Stummheit bestätigt die Meldung der Scharfmacher.

Arbeiter Sachsen! Entfahrt einen Massensturm in den Betrieben und Gewerkschaften! Verschlagt den sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaftsbetrag mit eiserner Faust. Schließt das Bündnis aller Ausgebeuteten gegen Unternehmerfeinde und sozialdemokratische Koalitionsverrat! Schließt das Bündnis mit dem lämpjenden Mansfeld und mit Nordwest! Streik

um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Raffenstreik gegen Lohnabbau!

### Umfassender Lohnabbau in allen AGO-Betrieben

Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Zum AGO-Konzern ist die Lohnabbaufassung des Trustkapitals in vollem Gange. In den AGO-Betrieben Turbine und Voltfabrik soll jetzt die berüchtigte Mindestberechnung der Altordpreise an Stelle der Geldberechnung treten, so daß die Verbolzung die Altordpreise noch besser abbauen kann. Auch diesen indirekten Abbau des Lohnes im Rahmen des Tarifes plant die Direktion im engen Anschluß an den indirekten Lohnabbau vor einem

Lohnabbau von 7½ bis 10 Prozent für sämtliche Betriebe des Konzerns

unter Umgehung des bisher laufenden Lohnarbitrates für die Betriebe des Verbands für die Berliner Metallindustrie durchzuführen. Der gleiche Abbau soll an den Gehältern der Angestellten vorgenommen werden.

Aus der AGO Brunnenstraße wird berichtet, daß dort jene Werkstätten, deren Tätigkeit eng mit der Produktion zusammenhängt, gezwungen werden, die durch Kurzarbeit wöchentlich ausfallenden zwei Arbeitstage in manchen Abteilungen auf den Urlaub anzurechnen. Nach sechs Wochen Kurzarbeit ist ihnen auf diese Weise der ganze Urlaub geraubt.

Die 25 000 Arbeiter und 12 000 Angestellten des AGO-Konzerns werden sich nicht den Lohn- und Gehaltsraub gefallen lassen.

### Faschisten als Streitbrecher SPD-Polizei gegen Mansfeld

Halle, 25. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem gestern durch Massenstreikposten der Streitbrecherangriff in Hettstedt vollständig abgewehrt wurde und nachdem 1200 Hettstedter Arbeiter in einer kommunistischen Demonstration zur verstärkten Abwehr des Streitbrechers aufmarschierten, ist heute von der durch die Sozialdemokratie abkommandierten Polizei und vom Stahlhelm ein geschlägiges Streitbrecherangriff auf das Hettstedter Messingwerk durchgeführt worden. 180 Streitbrecher wurden unter riesigem Polizeiaufschluß in das Messingwerk und eine geringere Anzahl auf die Pfeffermühle und andere Hütten befördert. Es handelt sich im wesentlichen um faschistische Werkorganisationen.

Unter den Streitbrechern markieren die Stahlhelmer als geschlossene Gruppe auf.

## 7½ Milliarden an Steuern hinterzogen

Aber 10prozentiger Lohnraub für Arbeiter und Angestellte — das ist die Steuerpolitik der Kapitalisten, ihrer Freuds in Thüringen, ihrer Brauns in Preußen!

Der Reichsfinanzminister berichtet in Drucksache 2133 dem Reichstag über das Ergebnis der Steuerkontrolle für 1929. Allein die ergänzende Kontrolle von 2 bis 3 Prozent der auf Selbstausgleichsfeststellung eingeführten Steuern wie 173 Millionen Mark Steuern als hinterzogen nach, und zwar 150 Millionen Reichs- und 23 Millionen Landes- und andere Steuern.

1928/29 sind 11,20 Prozent, 1927/28 bereits 16,61 Prozent und jetzt sogar schon 22,00 Prozent der aufgenommenen Steuern durch die Kontrolle vor der hinterziehung bewahrt worden.

Sozialversicherung trifft diese Kontrolle nicht die großen finanzkapitalistischen Institute, sondern hauptsächlich die kleineren und mittleren Kapitalisten, die das Finanzkapital an keinen Betrieben nicht voll entnehmen lassen will. Aber es behandelt sie immer milder. 1926 wurden für 100 hinterzogene Millionen noch 7,5 Millionen Strafe verhängt, 1928 für 100 Millionen nur 4,8 Millionen und 1929 betrachten für 173 Millionen gar nur noch 3,2 Millionen Strafe bezahlt werden, nicht einmal 2 Prozent des hinterzogenen Betrages!

Man stellt sich vor: Wenn eine Kontrolle von noch nicht 3 Prozent aller Fälle 173 Mill. von 100 hinterzogen nachweist, so müßte eine hundertprozentige, weitgehende Kontrolle einen Rechtersatz von mindestens 5,7 Milliarden bringen!

Über selbstverständlich hat der Finanzkapitalismus sein Instrument Ganz nicht dazu, sich ins eigene Fleisch zu schneiden.

Deshalb führt er sich als wichtigste Klassendrohung sein Geheimnis, die „gelehrte“ Grundlage der hinterziehung als Wirtschaftserziehung. Die Teilnahme „Unterhüter“ an diesem Klassendrohung verhindert er durch das Kontrolllorem.

Aber der anderen Seite sind durch die aktive Hilfe der SPD die direkten Steuern der Arbeiterschaft mittels des Steuerabzugs vom Arbeitslohn der unmittelbaren Kontrolle der

feindlichen Klasse unterstellt, damit die Arbeiterschaft sich von der Aufteilung der Kosten ihrer eigenen politischen Unterordnung nicht drücken kann.

Während so die Kapitalisten Milliarden an Steuern hinterziehen, wird den Arbeitern und Angestellten Lohn und Einkommen gestohlen und die ausgebeuteten Proletarien und Mittelschichten mit neuen Milliardensteuern belastet.

### Auch Logis- und Verzehrsteuer

Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern tagte das Reichskabinett, um die Umgestaltung der Gedungsvorlage im Sinne der Vorschläge des Sozialisten und Reichswirtschaftsministers Dittrich zu beraten. Dittrich machte die Übernahme des Reichsfinanzministeriums von der Verwaltung seiner Vorschläge abhängig. Diese lehnen sich eng an die der preußischen Koalitionsregierung an, die das Rotopfer für die Beamten in Höhe von 2,5 Prozent aufrechterhält und weitere Massensteuern vorschlägt. Dittrich schlägt außer dem Rotopfer sowie der sozialdemokratischen Richtlinien eine Verzehr- und Logisteuer vor.

Noch den neuesten Meldungen soll der neue Reichswirtschaftsminister Dittrich das Finanzministerium angenehmen haben und Prüfung die Absicht hegen, den Reichsräten zu bitten, die Ernennung vorzunehmen.

Die Verhandlungen des Kabinetts sollen am heutigen Tage fortsetzen, so daß nähere Einzelheiten erst am Freitag bekannt werden können.

### Breitscheid — Hitler

Dresden, 25. Juni.

Kn. Brutal, Millionen von Proletarien dem Hunger ausliefernd, Millionen von Wirtschaftlern dem Ruin, dem wirtschaftlichen Risiko überantwortend, vollzieht sich die Youngs offensive deutscher Kapitalisten. Erschöpft Drohung mit dem Artikel 48 durch Brünning, drohendes Gemächtigungselement in Preußen, Streitbrecheroffensive gegen das kämpfende Mansfeld, Lohnabbaufassung in Berlin, in Sachsen, Nordwest — die Ereignisse übertreffen sich.

Der Ausgang der sächsischen Wahlen spielt keine geringe Rolle dabei. Die Großindustrie Altonaer Deutsche Zeitung trifft den Nagel auf den Kopf, wenn sie aus dem Vormarsch der Faschisten die Zeitschrift folgert:

„Wie wir die Wahlen in Sachsen ausspielen, müssen wir eine außerordentliche Krüppelung der Position des Reichslandes sein, bei noch einmal eine große Gelegenheit erhalten hat, ... die Regierung gegenüber den Parteien ist durch die Sachsenwahlen gefährdet. Wenn jemals, so scheint jetzt der phantastische Ausblick, um im Rahmen eines umfassenden Programms zur Neuordnung der öffentlichen Wirtschaft zu greifen.“

Zawohl! Vormarsch des Faschismus verschürt die Bürgerschlaflosigkeit! Die rechten und „linken“ SPD-Führer bereiten ein neues Verbrechen am Proletariat vor, wenn sie behaupten, der faschistische Vormarsch habe „Bestürzung im Lager des Bourgeoisie ausgelöst“ und sie werde „von Grauen und Schrecken erschreckt, daß jetzt der Hund den Herrn beiße“, daß die Hitler und Goebbels der Klassenherrschaft der Bourgeoisie gefährlich werden.

Das ist nicht wahr! Das heißt, das Proletariat besiegt! Der Faschismus ist die reaktionäre Herrschaftsmethode der Bourgeoisie im Kampfe gegen die Revolution. Die Bourgeoisie braucht dieses Werkzeug, um den Youngplan durchzuführen und die Revolution niederschlagen. Wenn die bürgerliche Presse sich mitmutig über das sächsische Wahlergebnis äuert, dann nicht deshalb, weil der Faschismus marschiert, sondern weil es ihm noch nicht gelungen ist, seiner ihm zugewiesenen Aufgabe: die Zersetzung des revolutionären Klassenlagers, Herr zu werden.

Warum entwölfen die SPD-Führer dennnoch die Theorie schwerwiegender prinzipieller Differenzen zwischen Bourgeoisie und Faschismus? Sie wollen damit den SPD-Arbeitern beweisen, daß die Koalition der einzige Ausweg ist, den Faschismus zurückzubringen. In der gestrigen sozialdemokratischen Dresden Volkszeitung erläutert Breitscheid bereits:

„Er halte in Sachsen die Große Koalition vielleicht unter Einschluß der Wirtschaftspartei für das Gegebene.“

Breitscheid fordert also, unwiderprochen von der „linken“ SPD-Presse, die Koalition von Arndt bis zur Wirtschaftspartei, einem getarnten Ableger der Deutschen Nationalen. Im letzten Landtag schiedete die Wirtschaftspartei der Großen Koalition angeblich an dem Widerstand der sozialdemokratischen Unterhändler. Heute erklärt sich die „linke“ SPD-Presse zur Großen Koalition bis zur Wirtschaftspartei bereit. Eine Koalition, die noch vor Jahren die „linke“ SPD-Presse, „ist der Weg in den Faschismus“. Heute erkennen die SPD-Arbeiter jedoch, daß die Kriegspolitik ihrer Führer, angefangen vom Novembervertrag bis zur Koalitionsbildung der Hermann-Müller-Regierung, bis zur Preußenkoalition und den neuen Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen zwischen Gewerkschaftsbürokratie und den Kapitalisten, den faschistischen Wirtschaftsverträgen kleinbürgerliche Schichten und selbst proletarische Elemente in die Arme getrieben hat. Wenn die Hitlerpresse mit der Bejublung des Marxismus in Sachsen 240 000 Stimmen gewinnen könnte, so trägt die Schändung des Marxismus durch die SPD-Führer die Verantwortung dafür. Aber weiter soll dieser Kurs fortgesetzt werden. Versäumter Kurs auf die Koalition, ist der „Ausweg“, den die SPD-Führer vom Novembervertrag bis zur Koalitionsbildung der Hermann-Müller-Regierung, bis zur Preußenkoalition und den neuen Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen zwischen Gewerkschaftsbürokratie und den Kapitalisten, den faschistischen Wirtschaftsverträgen kleinbürgerliche Schichten und selbst proletarische Elemente in die Arme getrieben hat.

... die richtige Regierungsgrundlage bildet. Denn die Youngsparteien, denen das deutsche Volk all seine Not, seine Arbeitslosigkeit und seine Ausbeutung verdankt, sollen auch offen die Folgen ihrer Youngspolitik tragen, auf daß das deutsche Volk seine Feinde erkenne und mit ihnen abrechnen. Das ist die Voraussetzung zur Gewinnung unserer Freiheit!“